

RESOLUTION

Bern, 29. November 2024

SGB-Delegiertenversammlung

Für mehr Ferien für Lernende in einer beruflichen Grundbildung

Die duale Berufsbildung ist eine tragende Säule der Schweizer Wirtschaft, doch sie beruht oft auf einer erdrückenden Arbeitsbelastung für die Jugendlichen, die ihre psychische Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefährdet. Während Jugendliche, die eine Mittelschule besuchen, 13 Wochen Ferien haben, haben Lernende in einer beruflichen Grundbildung, die zwischen berufspraktischer Arbeit und schulischem Unterricht jonglieren, nur fünf Wochen Ferien. Dieses Ungleichgewicht ist ungerecht und verschlechtert die Gesundheit der Lernenden. Aus diesem Grund setzt sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) für die Einführung von acht Wochen Ferien für alle Lernenden ein. Dies ist eine wichtige Massnahme, um unsere Jugend zu schützen, die Attraktivität der Berufsbildung zu steigern und eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft aufzubauen.

Die Statistiken zeigen eine besorgniserregend hohe Anzahl Lehrvertragsauflösungen. Junge Berufslernende sind oft erschöpft und verlassen ein System, welches ihnen weder Zeit zum Ausruhen noch zur Entfaltung lässt. Hinzu kommt ein zunehmender Mangel an Lehrstellen-Bewerber:innen, ein Problem, welches die Zukunft des dualen Modells gefährdet. Das hohe Arbeitspensum im Betrieb in Kombination mit den hohen Anforderungen der Berufsfachschule belastet Berufslernende stark, und die Zahlen über ihre psychische Gesundheit sind alarmierend: Fast die Hälfte der Lernenden gibt laut einer aktuellen Umfrage von Unia an, unter Stress oder emotionaler Erschöpfung zu leiden. Diese Tatsachen machen deutlich, dass eine Reform der Arbeitsbedingungen für Lernende in einer beruflichen Grundbildung dringend erforderlich ist.

Die Auswirkungen einer solchen Reform wären vielfältig. Durch das Angebot von acht Wochen Ferien, machen wir einen ersten Schritt in Richtung einer besseren allgemeinen Gesundheit für junge Menschen in einer Berufslehre. Übermässiger psychischer und physischer Druck verursacht sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Kosten, z. B. durch psychische Gesundheitsfürsorge oder Fehlzeiten (Absentismus). Mehr Ferien würde auch die Attraktivität des beruflichen Bildungswegs steigern, indem freie Stellen besetzt und Vertragsbrüche eingedämmt werden könnten. Schliesslich würden die Bedingungen für Lernende an die Bedingungen für Schüler:innen von Fachmittelschulen und Gymnasien angeglichen, wodurch die wahrgenommene Ungerechtigkeit zwischen diesen beiden Bildungssystemen verringert würde.

Diese Reform ist jedoch nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit oder der Gesundheit. Sie ist auch eine Chance, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich voll und ganz in Bürger:innen- oder Vereinsaktivitäten zu engagieren. Mehr Ruhezeit würde ihnen die Möglichkeit bieten, sich in politischen, sozialen oder Umweltprojekten zu engagieren, die für die Umgestaltung der Gesellschaft und den Aufbau einer gerechteren Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. Diese jungen

Menschen, die weniger unter Druck durch bedrückende Zeitpläne stehen, könnten eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Arbeitsmodellen und beim ökologischen und sozialen Übergang spielen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund positioniert sich damit entschieden für:

- die Einführung von 8 Wochen Ferien für alle Berufslernenden,

eine Massnahme, die in der nationalen Gesetzgebung verankert oder in den Gesamtarbeitsverträgen aufgenommen werden muss.

Diese Forderung ist ein starkes Zeichen, um die Gesundheit der Jugend zu schützen, die Zukunft der Berufsbildung zu sichern und eine gerechtere Gesellschaft zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einführung von acht Wochen Ferien für Berufslernende nicht nur eine praktische Anpassung ist; sie ist eine notwendige Massnahme, um den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Sie würde die Bedingungen zwischen Berufsbildung und allgemeinbildnenden Mittelschulen ausgleichen, die Lebensqualität junger Menschen verbessern und den Fortbestand des dualen Ausbildungsmodells sichern. Indem wir die Rechte der Auszubildenden verteidigen, verteidigen wir auch die Zukunft der gesamten Gesellschaft.